



Vor einem Jahre.

26. October. Vormarsch des von Werder'schen Corps auf Dijon.
General v. Debschütz erhält das Commando über ein aus 12 Bat. Landw.-Inf. 2 Schwadronen Cavallerie und 2 leichten Batterien zusammengesetztes Corps und setzt sich von Rehl aus in Marsch.

Tagesbericht vom 25. October.

Er. Majestät der Kaiser hat einen Beitrag von 1000 Thlr. dem Schriftführer des Berliner Unterstützungs-Comitees für Chicago zustellen lassen.

Bei den am 23. in Hamburg stattgefundenen Bürgerchaftswahlen wurden in 7 von 9 Bezirken die Candidaten der Freihandelspartei durchgebracht.

Die Cholera in Königsberg ist nach amtlicher Constaturung erloschen.

In Wien ist in den Verfassungsangelegenheiten noch immer keine Entscheidung getroffen. Nach einer aus Petersburg dahin gelangten Weisung der russ. Regierung dürfen poln. Flüchtlinge, welche nicht schwer compromittirt sind, nach Rußland zurückkehren. Wegen der böhmischen Verf. Angelegenheit sind Graf Clam-Martiniß und Rieger in Wien eingetroffen, um mit Graf Hohenwart zu conferiren.

Nach Versailler Mittheilung sind von den erwählten Generalraths-Präsidenten die meisten Anhänger der bestehenden Regierung. Im Departement Seine inférieure ist der Finanzminister Quertier zum Präsidenten erwählt.

In den Madrider Cortes erklärte der interpellirte Minister des Innern Candan, die Regierung werde gegen Ausschreitungen der Internationale schonungslos vorgehen, auch werde wegen der in der stattgefundenen Arbeiterversammlung stattgehabten aufrührerischen Reden eine strafrechtliche Verfolgung eintreten.

Das neue Reichstagsgebäude.

Der erste Spatenstich zu dem ganzen Bau geschah am 5. Juli, nachdem vorher Hals über Kopf die Porzellan-Manufaktur aus den vorderen Baulichkeiten des Grundstücks Nr. 4 in der Leipzigerstraße entfernt war. Fürst Bismarck hatte dem Direktor der Manufaktur erklärt, wenn er nicht bis zum 5. Mittags geräumt hätte, werde er die Feuerwehr kommen und das ganze Porzellanlager zum Fenster raus auf die Straße werfen lassen. Das half! und man konnte nun mit den Arbeiten beginnen. Zuerst wurde der Grund zu dem Neubau auf dem ersten Hofe des Grundstücks ausgeschachtet und während dieser Zeit die vorderen Mauern der den Hof begrenzenden Seiten-Gebäude abgebrochen; ebenso wurden zwei neue Mauern aufgeführt, welche mit den stehengebliebenen hinteren Mauern der alten Gebäude nun den neuen Sitzungssaal bilden. So hat man es möglich gemacht in einer Zeit von 14 Wochen einen der umfangreichsten und bedeutendsten Bauten der Neuzeit herzustellen. Eine nicht minder wichtige Aufgabe für die ausführenden Baumeister, die Herren Gropius und von Schmieden, war die Beschaffung einer Ventilation, welche es möglich macht, das Gebäude nach so kurzer Zeit und trotz der in allen Neubauten vorhandenen Feuchtigkeit ohne Nachtheil für die Gesundheit der Abgeordneten zu benutzen. Dies hat man glücklich erreicht dadurch, daß man die Wände nicht direkt mit Tapeten beklebte, sondern sie mit Holzgetäfel versah, welches einzelne Pilaster darstellt. Die Raumflächen zwischen diesen Pilastern werden durch Leinwand ausgefüllt, auf welche wiederum Papier geklebt wurde, das nun mit tapetenartiger Malerei versehen ist. Auf diese Weise gelang es, zwischen dem eigentlichen Mauerwerk und der im Saale sichtbaren Wandfläche einen freien Raum zu schaffen, durch den eine vollkommene Zirkulation der zur Heizung des Hauses verwendeten warmen Luft möglich wird und daß durch diese Zirkulation alle sich etwa noch aus den Wänden entwickelnde Feuchtigkeit abgeführt wird. Der Bau selbst ist in äußerst eleganter und komfortabler Weise ausgeführt. Durch das Hauptportal gelangt man zunächst auf eine Freitreppe mit vergoldetem Geländer in ein von Säulen getragenes Vestibul, welches zur Linken zu den Bureaux der Post und Telegraphie, zur Rechten zur Restauration und zu den Garderoben führt. Diese letzteren werden von dem Sitzungssaal durch einen geräumigen mit Glasdach versehenen Lichtkorridor getrennt,

— Nach einer Londoner Depesche soll der „Erfaiser Napoleon“ zu einem Mitarbeiter der „Times“ erklärt haben: Er glaube nicht an eine bonapartistische Verschwörung, doch könne nur ein allgemeines Plebiszit ihm das von der Nation übertragene Mandat nehmen. Den zweifelhaften Offizieren habe er das Verbleiben im Dienste ihres Landes — auf voraufgegangene Anfrage — gestattet.

Deutscher Reichstag.

Den Schlußbericht der Montags-Sitzung tragen wir wie folgt nach: Bei dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung, Zurückzahlung der Kriegsschäden, wendet sich Abg. Richter gegen die beabsichtigten Finanzoperationen, namentlich gegen die Verwendung von 240 Millionen zur Bildung eines Invalidenfonds und fragt, ob die dritte halbe Milliarde von Seiten der französischen Regierung gezahlt worden sei. Minister Delbrück wiederlegt den Vorredner und bemerkt u. a., die bisher angenommenen Dispositionen über die Kriegsschädigung seien folgende: Für die ausgewiesenen Deutschen 2 Millionen, für Beihilfen an Landwehr und Reserven 4 Millionen, Vergütung der Rbeder 600,000 Thlr. Vergütung für Kriegsschäden 11 Millionen, für Elsaß-Lothringische Eisenbahnen 86,666,000 Thlr. Beschaffung von Betriebsmaterial dazu 5 Millionen, zusammen 108,900,000 Thlr. Ferner sind an den Norddeutschen Bund und an die Süddeutschen Staaten vertheilt 153,333,000 Thlr., zusammen also 262 Millionen. Von den bis jetzt gezahlten 400 Mill. sind also noch 138 Mill. übrig, wovon noch Beträge zu reserviren sind, die sich noch nicht feststellen lassen. In Beziehung auf die ferneren Zahlungen kann nicht eher disponirt werden, bis sie eingegangen sind. Die dritte halbe Milliarde der Kriegsschädigung ist bereits gezahlt.

Dritter Gegenstand der T.-D. ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Kontrolle des Reichshaushalts pro 1871. Richter kommt noch einmal auf seine Ausführungen bei der ersten Berathung zurück und behauptet

der auch rechts und links in schmalere Korridore ausläuft, von denen derjenige rechts zu dem Sitzungssaal des Bundesraths, derjenige links zu den Arbeitsstätten der Stenographen führt. Der Sitzungssaal selbst ist in dunkelbrauner Farbe gehalten; Thüre und Panäle in grünlicher Farbe, während die Säule und Verzierungen in Bronze abgesetzt sind. Dem Eingange gegenüber, an der südlichen Seite des Saales, befindet sich der Präsidentensitz, rechts und links von demselben die Plätze der Schriftführer; vor denselben die Rednertribüne und zur Seite nach rechts und links in zwei Etagen übereinander die Sitze der Mitglieder des Bundesraths. Vor der Rednertribüne befindet sich der Senographentisch, welcher das Zentrum des Hauses bildet und von dem nun radienartig im Halbkreise die einzelnen Plätze der Mitglieder angebracht sind. Dieselben sind so eingerichtet, daß sich zwischen je zwei Plätzen ein Gang befindet, der bis zur äußeren Wand des Saales geht. Die Plätze steigen dann aufwärts bis zu einer Breite von fünf in einer Reihe, dann aber trennt sich diese Reihe wieder so, daß in der nächstfolgenden Reihe wiederum zwei Plätze mit einem dazwischen gelegenen neuen Gang geschaffen werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die Abgeordneten zu jeder Zeit ihre Plätze einnehmen und verlassen können, ohne ihre nebenliegenden Kollegen zu belästigen. Die Sitze sind von mit brauner Wachsfarbe gestrichenem, antik gehaltenem Eichenholz und mit hellbraunem Sitz- und Rückpolster versehen. Vor einem jeden Sitz befindet sich ein gleichfalls aus Eichenholz hergestelltes Schreibpult mit einem verschließbaren Kasten und Dintenbehälter versehen. Das Podium ist mit einem schwarz und roth melirten Velour-Teppich belegt. In derselben Weise wie die Plätze der Abgeordneten sind auch die Plätze auf den Tribünen aufgeführt, von antik gearbeitetem Eichen und hellbraunem Lederbezug. Die Tribünen nehmen den oberen Theil der südlichen, westlichen und östlichen Wandungen des Sitzungssaales ein. Diejenigen an der östlichen Seite sind zur Kaiserloge, zu den Diplomatenlogen, welche zur rechten und linken Seite der Kaiserloge sich befinden, sowie zu der Journalistentribüne bestimmt, welche letztere die Hälfte des ganzen Raumes auf dieser Seite einnimmt. Die Tribüne oberhalb des Präsidentensitzes ist für das große Publikum reservirt, auf demjenigen Theil desselben jedoch, welcher an die Journalistentribüne grenzt, sind noch Plätze für die Journalisten hergerichtet. Die an der westlichen Seite belegenen Tribünen sind für die Mitglieder der Ministerien,

u. a., daß im preussischen Militäretat beim 1. Garde-Regt. zu Fuß in Potsdam ein Hauptman I. Klasse mit 1300 Thlr. Tisch- und Kleidergelder geführt werde, der nie existirt habe. Finanzminister Camphausen erwidert, der Vorredner gefalle sich darin, die Einrichtungen des Staates, dem er angehöre, zu schmähen. Hier werde er auf diesen Angriff nicht eingehen, sondern erwarte denselben im preuß. Abgeordnetenhause, wo die Antwort nicht fehlen werde (Beifall). — Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf angenommen.

Schluß 4 1/4 Uhr, nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Richter, Wahlprüfungen, Postgesetze.

8. Sitzung. Dienstag, 24. October. Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths befinden sich u. a. auch Fürst Bismarck, Kriegsminister v. Roon, Minister Delbrück u.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Interpellation Richter betreffs der Zurückhaltung von Reservisten bei der Occupationsarmee in Frankreich und bei den immobilien Kavallerie-Regimentern. — Der Interpellant präcisirt die drei einzelnen Fragen (von uns bereits im Vortrout mitgetheilt) und erörtert sodann die Verhältnisse der noch in Frankreich und in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen. Es falle ihm nicht ein, die Verringerung des Occupationsheeres in Elsaß-Lothringen zu verlangen, allein die Reichsregierung müsse darauf sinnen, die militärischen Institutionen mit den bürgerlichen Verhältnissen mehr in Einklang zu bringen. Redner macht auf die Verhältnisse der einjährig freiwilligen aufmerksam, welche weniger gleichmäßig berücksichtigt werden wie die der übrigen Dienstpflichtigen und meint zum Schluß, die Interpellation sei nicht gestellt, die Interessen der Reichsregierung in diesen Dingen zu beeinträchtigen, aber er erwarte eine so offene Beantwortung der Fragen, wie sie deren Wichtigkeit erheischt.
Kriegsminister Graf Roon. Die Reichsregierung

für die Angehörigen der Reichstagsmitglieder, des Landtages u. s. w. bestimmt. Die Tribünen treten logenartig von der Wandung des Sitzungssaales zurück und werden von elegant decorirten Pilastern mit korinthischen Kapitälern getragen, die gleichzeitig auch die Stützen des Plafonds bilden. Der letztere bietet durch die einen großen Theil der Dachfläche einnehmende Glasbedachung auch gleichzeitig das Licht für den ganzen Sitzungssaal. Soweit der Plafond massiv ist, ist er in grünlich-blauer Farbe gehalten und in dunkelblau mit Gold abgesetzte Felder getheilt. Der Plafond ist so konstruirt, daß er sich selbst trägt. Die Mitte bildet eine Glasbedachung in mattgeschliffenem Glase, dessen Scheiben sternartige Verzierungen in blauer Farbe tragen. Unter dem Plafond befindet sich noch ein zweites Glasdach und zwischen beiden Dächern der Beleuchtungs-Apparat. Dieser besteht aus großen gußeisernen Platten, die auf einem Räderwerk ruhen, welcher es ermöglicht, diese Platten während des Tages von der Lichtfläche zu entfernen. Jede Platte enthält 48 runde circa 3/4 Fuß in Durchmesser große Oeffnungen, in denen je ein Gasbrenner angebracht ist; über dem letzteren befindet sich ein Reflektor, welcher das Licht der Flammen nach unten zurückwirft. 680 solcher Flammen sind auf diese Weise oberhalb des Daches anzubringen. Der Zweck, welcher durch diese Beleuchtungskonstruktion erreicht werden soll, ist der, eine intensive Beleuchtung des Saales ohne die dadurch sonst hervorgerufene drückende Hitze in denselben einzuführen. Wie weit dieser Zweck erreicht werden wird, muß die Folge lehren. Bei den bis jetzt angestellten Proben hat sich die neue Einrichtung gut bewährt. Außer dieser Beleuchtung befinden sich an den einzelnen Pilastern noch 24 große geschmackvolle Gasampeln, die namentlich zur Beleuchtung der Tribüne dienen. Die Wände des Sitzungssaales und der Tribüne sind, wie bereits erwähnt, in rothbrauner Farbe gehalten; die Felder zwischen je zwei Pilastern enthalten eine große in stahlartiger Bronze gehaltene geschmackvolle Rosette von durchbrochener Eisenarbeit, durch welche die warme Luft dem Saale zugeführt wird; die übrige Wandung der einzelnen Felder ist tapetenartig gemalt und zeigt in verschiedenartiger Verzierung den Reichsadler und die verschiedenen Wappen der Bundesstaaten. Gegenüber dem Präsidentensitz befindet sich die Parlamentsuhr auf schwarzem Marmor, das Zifferblatt und Zeiger in Gold ausgeführt. Hinter dem Sitzungssaal, von diesem nur durch einen schmalen Korridor getrennt, befinden sich die Ar-

theilt mit dem Reichstage das Interesse, die Lasten des Krieges und die Nachwirkungen desselben mit Gerechtigkeit zu beseitigen. Im Ganzen waren etwa 31,000 Mann Reservisten zurückbehalten aus Gründen, welche dem Interpellanten auch bekannt sind. Davon kommen bei der Demobilisation der 11. und 24. Division 8430 Mann zur Entlassung, ferner in Folge der Reduktion der Bataillone von 800 auf 688 Mann 4828 und endlich nach Ablauf der Uebungszeit in Elsaß-Lothringen weitere 270 Mann. Durch Nachschub der Rekruten, der zum Theil schon unterwegs ist, kommen noch 6,506 Mann zur Entlassung, so daß sich auf diese Weise die Zahl der zurückbehaltenen Reservisten auf 10,240 Mann verringert, wovon 3,670 Mann bei der Offupationsarmee in Frankreich sich befinden. Der Rest gehört allerdings der immobilen Kavallerie an, weil deren Hauptaufgabe, die Ausbildung der Pferde, nicht von Rekruten vollführt werden kann. Während des letzten Krieges sind sehr wenige Rekruten bei der Kavallerie eingestellt worden, meist nur Freiwillige, es fehlten also zwei Jahrgänge, welche sonst unter gewöhnlichen Verhältnissen ihre kavalleristische Ausbildung erlangt haben würden. Die Nothwendigkeit der Ausbildung der Pferde führte nun von selbst dazu, die sogenannten Remontereiter zurückzubehalten, aber damit ist diesen Leuten nicht ein viertes Dienstjahr auferlegt, sondern sie werden nur so lange zurückbehalten, so lange das Bedürfnis es erheischt, was bei einzelnen wohl bis zum nächsten Sommer dauern kann. Ich bitte Sie, der Ueberzeugung zu sein, daß es die Reichsregierung sich angelegen sein läßt, die Interessen der Armee mit denen des bürgerlichen Berufs nach Möglichkeit auszugleichen; Jede Berechtigung eines Einzelnen um des Ganzen willen ist jedoch unmöglich zu vereinigen. Ich mache Sie nur auf die Verschiedenheit des Abganges im Frieden und der Verluste im Kriege aufmerksam; es giebt da Bataillone, wo einzelne Jahrgänge fast vernichtet sind, und da kann die theoretische Gleichheit des Gesetzes nicht immer durchgeführt werden. Der Herr Interpellant hat von einjährig Freiwilligen gesprochen. Dieselben befinden sich natürlich im ersten Jahre der Dienstpflicht und können auch nur behandelt werden, wie das Gesetz es vorschreibt, im Uebrigen aber ist vom Kaiser angeordnet worden, daß diejenigen, deren bürgerliche Verhältnisse durch die Fortdauer der Militärpflicht erschwerlich Schiffbruch leiden, nach Möglichkeit berücksichtigt werden. — Damit ist die Interpellation erledigt.

2) Bericht der sechsten Abtheilung über die Wahl des Herrn v. Loë im siebenten Düsseldorf Wahlbezirk. — Die Abtheilung beantragt, die Wahl wegen erheblicher Unregelmäßigkeiten bei derselben für ungültig zu erklären, und das Haus nimmt nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Reichensberger den Antrag einstimmig an.

3) Mündlicher Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die von Dr. Wiedermann angeregte Frage, ob sein Mandat für den 15. sächsischen Wahlkreis durch die ihm zu Theil gewordene Gehaltssteigerung als ordentl. Professor erloschen ist? — Auf Antrag der Kommission verneint das Haus die Frage.

beitzimmer des Reichskanzlers, des Präsidenten des Bundeskanzleramts, der Präsidenten des Reichstages und der Schriftführer, sämmtlich mit größter Eleganz ausgestattet, die Plafonds in vergoldeter Stuckaturarbeit; die Ameublements und Tappiche, welche die Zimmer schmücken, lassen an Eleganz nichts zu wünschen übrig. Nicht daran grenzt der Sitzungssaal des Bundesrathes, ein geräumiger Salon, von acht Gasföhen erleuchtet mit schwer vergoldeten, elegant ausgestatteten Plafonds, der an den Wänden die Wappen der sämmtlichen Bundesstaaten, sowie in geschmackvoller Komposition mit dem Reichsadler arabeskenartige Verzierungen aufweist. Oberhalb dieses Sitzungssaales befinden sich zwei Abtheilungs- und ein Kommissionszimmer, während die übrigen Abtheilungszimmer in der Bel-Etage des Vordergebäudes hergerichtet sind. Auch diese stehen an Eleganz den ganzen übrigen Baulichkeiten nicht nach. Die nach hinten hinaus belegenen Zimmer des Vordergebäudes, sowie die überhaupt neben dem Arbeitszimmer des Reichskanzlers u. s. w. belegenen Räume sind zu Kommissionszimmern hergerichtet, während ein Seitenflügel der alten Baulichkeiten, in dem früher die bekannte Minutolische Sammlung untergebracht war, jetzt zu den Bureaux eingerichtet ist. Der Ausgang zu diesen führt von dem Nebenportal des Gebäudes, welches an das Kriegsministerial-Gebäude grenzt. Von hier aus gelangt man auch zu den Abtheilungszimmern im Vordergebäude. Im Anschluß an diesen Eingang ist auch ein besonderes Treppenhaus hergerichtet worden, welches zur Kaiserloge führt. Elegante Marmorstufen führen zu einem Vestibule, von dem aus man in das Vorzimmer der Kaiserloge gelangt; es ist mit meergünen, goldbedruckten Tapeten bekleidet, der Plafond mit entsprechender, vergoldeter Stuckaturarbeit ausgeführt. An dieses Vorzimmer grenzen sodann die Arbeitszimmer der Journalisten, welche direct mit der Journalistentribüne kommunizieren. Auch Toilettenzimmer für die Journalisten sind angrenzend an die Arbeitszimmer angelegt und für den Fall, daß die beiden Arbeitszimmer nicht genügen, ist zu demselben Zweck noch ein drittes größeres in der höher belegenen Etage ihnen angewiesen. Eine Freitreppe führt von dem Korridor beim Bundesrathssaal in den Garten des Herrenhauses; eine zweite in die zum Lesezimmer eingerichtete Restauration des Herrenhauses. B. Stg.

4) Erste und zweite Lesung der Gesetz-Entwürfe über das Postwesen und über das Postarwesen des Deutschen Reiches. — Grumbrecht konstatiert, daß der Bundesrath diese Gesetzentwürfe in der vom Norddeutschen Reichstage beschlossenen Fassung vorgelegt hat; er hält dies Verfahren für durchaus korrekt, wünscht aber in Zukunft offizielle Mittheilungen über die Bundesrathsbeschlüsse und behält sich event. weitere Anträge vor. — Die Gesetze werden in beiden Lesungen angenommen.

5) Der Gesetz-Entwurf, betreffend die Zurückzahlung der auf Grund des Gesetzes von 21. Juli. aufgenommenen Einprozentigen Anleihe wird in zweiter Lesung ohne Diskussion genehmigt.

Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen Mittag 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Schulze wegen Vertheilung der vier Millionen an Reserve und Landwehr. Interpellation Dr. Böck u. Wiggers betreffend das Preßgesetz, erste und zweite Lesung der Konvention mit Frankreich, dritte Lesung der Postgesetze und des Gesetzes betr. die Kontrolle des Reichshaushalts pro 1871.

Deutschland.

Berlin, den 23. October. Unter den Forderungen auf deren Erfüllung das Volk und die Volksvertretung bestehen müssen, nimmt die Herabsetzung der Dienstzeit den ersten Rang ein. Seitdem die Militärlasten auf die Schultern ganz Deutschlands gelegt sind, seitdem alle Hindernisse, welche der Militäreinheit in Deutschland bisher entgegenstanden, besiegt sind, hat unsere Militärmacht eine so furchtbare Stärke gewonnen, daß wir jedweder Coalition, selbst wenn wir eine solche zu befürchten hätten, trotzen könnten. Indessen ist die Lage Europas trotz der vielen Verwickelungen, die in Bezug auf die internationalen Verhältnisse dieses Welttheils bestehen, keineswegs derart, daß eine Zerstörung des Friedens jetzt zu besorgen wäre. Für die nächsten Jahre steht dem deutschen Reiche jedenfalls kein Angriff von irgend welcher Seite bevor. Auch ist dieser Ansicht ja stets von offiziöser und offizieller Seite her Ausdruck verliehen worden. Warum nun gleichwohl ein so ungeheurer Friedensstand? Frankreichs Armee ist, wie unsere Generale ja selbst behauptet haben, von der Erde wegesezt und Frankreich kann vor Ablauf von fünf Jahren nicht daran denken, seine Rachegedanken gegen uns auszuführen. Desterreich hat mit seinen inneren Schwierigkeiten soviel zu schaffen, daß seine militärische Aktionsfähigkeit erheblichen Zweifeln unterliegen muß. Außerdem ist seine Heeresorganisation noch längst nicht durchgeführt und sein Friedensstand beläuft sich bei einer Bevölkerung von 36 Millionen nicht höher, als auf 240,000 Mann. Welche Gründe können also für Deutschland bestehen, den Militarismus, in welchem wir uns unzerwöhnt befinden, noch ferner beizubehalten? Bisher waren allerdings die äußersten militärischen Kraftanstrengungen, eine ganz außerordentliche Schlagfertigkeit unserer Armee notwendig, um uns auf der Höhe einer schirmsfähigen Macht zu erhalten. Aber jetzt, nachdem alle unsere Feinde ringsum besiegt sind, würden wir uns in der That dem Verdachte aussetzen als hegten wir Eroberungstendenzen und sinnen auf kriegerische Actionen.

Es ist in der That viel, daß unsere Volksvertretung zur Erhaltung der zahlreichen Cadres ihre Zustimmung geben wird. 148 Infanterieregimenter, 26 Jägerbataillone, 148 Ersatzbataillone und 286 Landwehrbataillone, also über 900 Bataillone nebst einer unverhältnismäßig starken Reiterei und Artillerie repräsentiren eine Macht, welche hinreichend ist, um nach mehreren Seiten hin große Offensiv- und Defensivkriege führen zu können. An dieser Fähigkeit verlieren wir nicht das mindeste, wenn der Präsenzstand bei der Fahne um vielleicht 60,000 Mann verringert wird; denn die Schlagfertigkeit besteht nicht in der möglichst großen Anzahl von Gemeinen, sondern darin, daß die Mobilmachung nur eine Completirung von Gemeinen und Pferden repräsentirt und im Uebrigen der Uebergang vom Friedensstande auf den Kriegstand so rasch als möglich effectuirt wird. Dem letzteren thut nun die Herabsetzung der Dienstzeit nicht den mindesten Abbruch. Im übrigen aber hat die Erfahrung in den letzten Kriegen, im österreichischen sowohl als im französischen, hingereicht, um zu zeigen, daß Soldaten, die eine noch kürzere Dienstzeit als eine zweijährige durchgemacht, hinreichend qualificirt waren, um die ihnen im Kriege zustehenden Aufgaben erfüllen zu können.

— Das Kriegsministerium bringt zur Kenntniß, daß vom 16. October ab das württembergische Armeecorps als 13. Bundesarmee-corps dem deutschen Reichsheere eingereiht worden ist, während nach der Militärconvention vom November 1870 dieses Corps das 14. Bundesarmee-corps bilden sollte.

— Se. Majestät der Kaiser hat genehmigt, daß die Bewegungen für den Eisenbahntransport der 11. und 24. Division (welche bekanntlich aus Frankreich heimkehren) sofort beginnen können, so daß Alles dahin vorbereitet werde, daß mit der Räumung der jüdischen und westlichen Departements am 21. d. M. angefangen werden könnte. Zur Verhütung einer Ueberschreitung der konventionmäßigen Stärke der künftigen Okkupations-Armee von 50,000 Mann ist ferner angeordnet worden, die Bataillone der in Frankreich zurückbleibenden Divisionen durch Rücksendung der ältesten Mannschaften auf die etatsmäßige Friedensstärke der Bataillone der alten Garde-Infanterie-Regimenter zu reduzieren. — Die in Breslau garnisonirenden, zu der jetzt aus Frankreich heimkehrenden 11. Division gehörenden Truppen sollen dort am Freitag, den 3. November, ihren Einzug halten.

Magdeburg, 22. Oct. In der gestern stattgehabten Bürgerversammlung wurde beschloffen, für die Nachwahl zum Abgeordnetenhaus an Stelle des Herrn von Anruh, der sein Mandat niedergelegt hat, Herrn Zuchowert als Kandidaten aufzustellen.

Frankfurt, 22. Oct. Gestern Abend wurde das erste Blatt der Nr. 295 der „Frankfurter Zeitung“, wie diese mittheilt, mit Beschlag belegt.

— Die Riesenbaude im schlesischen Gebirge ist nicht am 18. d. M. abgebrannt, sondern das Feuer, welches am Abend des genannten Tages auf dem Riesenkamme beobachtet wurde, war ein Freudenfeuer, welches der Koppewirth Sommer zu Ehren des kronprinzlichen Geburtstages abbrannte.

— Karlsruhe, 22. October. Einen scheinbar geringen Umstand — die in diesen Tagen hier stattgefundene Versteigerung des Kanzleimobiliars der früheren französischen Gesandtschaft — möchten wir doch als einen weiteren Beweis betrachten, daß Frankreich nunmehr den Gedanken, seine diplomatische Vertretung hier wieder aufleben zu lassen, aufgegeben hat. Vor einigen Monaten noch gab die französische Presse zu verstehen, daß Frankreich keineswegs seinen diplomatischen Posten in Süddeutschland ganz eingehen lassen werde. Mit der Aufräumung jenes Mobiliars möchte man deshalb so lange gewartet haben. Sein eigenes Mobiliar hat der letzte französische Gesandte, Graf Mosburg, längst versteigern lassen. Nur zwei große Bilder des Kaisers und der Kaiserin blieben damals zurück, die man wohl ebenso wenig verkaufen als wissen mochte, wohin mit ihnen im neuen Zustande der Dinge. Was aus ihnen seitdem geworden, ist uns nicht bekannt.

— Chateau-Salins, 21. October. Zum Selbstbestimmungsrecht über die Nationalität liest man im amtlichen Kreisblatt folgende Bekanntmachung:

„Die Ortsbehörden werden hierdurch benachrichtigt, daß das Haupt einer Familie nicht befugt erscheint, die in Art. 2. des Friedensvertrages vom 10. Mai vorsehende Erklärung auch für seine volljährigen Kinder abzugeben, deren Selbstbestimmungsrecht vielmehr bezüglich der Nationalität gewahrt bleiben muß. — Eben so wenig können Minderjährige, deren Eltern oder Vormünder die deutsche Nationalität behalten, ohne deren Zustimmung die französische Nationalität wählen. — Ueber die Frage, ob Minderjährige mit Zustimmung ihrer, die französische Nationalität behaltenden Eltern und Vormünder die französische Nationalität für sich erwählen können, wird vom Reichskanzleramt Entscheidung erwartet. — Das persönliche Erscheinen der Betheiligten vor dem Kreisdirector bildet für die Abgabe der Erklärung über die Nationalität die Regel und kann nur ausnahmsweise aus besonderen Gründen, z. B. wegen dermaligen Aufenthaltes im Auslande durch Einwendung der Erklärung in beglaubigter Form ersetzt werden.“

— Parlamentarisches. Der in der vorigen Reichstagesession zurückgezogene Entwurf des Abg. Schulze Deligisch betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen wird in den nächsten Tagen dem Reichstage wieder zugehen. Wie man hört, sind vor einiger Zeit die Reichsregierungen unter Hinweis auf den Umstand, daß die bisherigen Erörterungen über diesen Gesetzesentwurf für die verbündeten Regierungen als wünschenswerth herausgestellt haben, zu diesem Entwurfe bei seiner nächsten Erörterung im Reichstage sofort eine möglichst bestimmte Stellung zu nehmen, um eine Aeußerung über diesen Entwurf erjucht worden und zwar insbesondere darüber, ob derselbe überhaupt oder in Bezug auf die Vereinsteckategorien, auf welche er sich erstrecken soll, annehmbar sei und welche Bestimmungen mit Rücksicht auf die in den einzelnen Staaten geltenden Gesetze und bestehenden Einrichtungen zugesügt oder abgeändert werden müßten.

Der Abg. Bebel verwahrt sich dagegen, daß er über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Sachen „Beschwerde“ führen wolle. Der Reichstag meint Herr Bebel, besitze nicht die Macht zur Abhilfe; ferner sitze die Seele der reactionären Bewegung in Berlin und schließlich seien die kleinstaatlichen Fürsten nur die Generalgouverneure des Königs von Preußen. Unter diesen Umständen will Herr Bebel im Reichstage nur auf zahlreiche Thatfachen gestützt beweisen, daß seit den schwarzen Reactionsjahren zu Anfang der 50er Jahre in Sachen keine Partei einer stärkeren Verfolgung und einer reactionärer Auslegung der Gesetze ausgestelt sei, als die social-demokratische.

Ausland.

Oesterreich. Wien, 22. October. Das Ergebnis der bisherigen Ministerberatungen und des Einschreitens des Reichsministeriums wie der ungarischen Regierung dürfte sich vermuthlich in Kürze dahin definiren lassen: daß die Centralvertretung der österreichischen Königreiche und Länder bestehen bleibt, daß aus derselben nach wie vor die Delegation gewählt wird, daß die Einheit der Armee nicht angetastet werden darf, daß die Bedeckung des Budgets Aufgabe der erwähnten Centralvertretung bleibt. Im Uebrigen ist dieselbe allein kompetent, die geschichtlichen Vor schläge in Berathung zu nehmen.

Frankreich. Paris. Der Berichtspalter der „Zitmes“ in Paris telegraphirt: „Aus den besten Quellen ist mir die Mittheilung gemacht worden, daß der französische Staatschah sich nicht allein in der Lage befindet, allen früheren, am 1. December völlig werdenden Verpflichtungen nachzukommen, sondern daß derselbe noch außerdem

